Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt

Bezugspreis einschließl. Bringerlohn monatlich 6500,— M., durch die Post bezogen monatlich 6500,— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 2300,— M. Einzelnummer 300,— M. Sonnabendnummer 400,— M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Nonpareillezeile 500,— M., auswärts 600,— M., die 3gespaltene Reklamezeile 2000,— M., auswärts 2500,—, Ausland 3000 u. 9000 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeig., Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Brieiniederleg. 200 M.

Nr. 135 | Dresden, Mittwoch den 13. Juni 1923 | 34. Jahrg.

Die ausgehobene Reichswehr-Putschzentrale

Reichswehrblock Roßbach — Befehle aus dem Untersuchungsgefängnis — Reichswehr und Putschorganisation — Was sagen die bürgerlichen Parteien dazu?

Aus Magdeburg wird uns geschrieben:

Am 8. Juni wurden hier dreißig Deutschvölkische, darunter Angehörige der Reichswehr, verhaftet. Es handelt sich um die Aushebung einer Reichswehr-Putschzentrale, die unter dem Titel „Reichswehr-Block Roßbach" (R. W. B. R.) von dem ehemaligen Oberleutnant Roßbach in Magdeburg gegründet worden war. Die Magdeburger Putschzentrale war für das gesamte Reich mit Ausnahme von Bayern zuständig. Roßbach hat selbst aus dem Untersuchungsgefängnis in Leipzig noch Befehle an die R. W. B. R. gerichtet. In einem Befehl Nr. 51 vom 20. April 1923 heißt es u. a.: „Der Feind steht dicht am Rhein und unweit Münster. Er steht auch in Berlin!" Die Leitung des R. W. B. R. hat nach berühmtem Münchner Muster eine Feme organisiert, deren Aufgabe die Ermordung politisch unbequemer Männer ist. Für die Ausbildung der jungen Leute in den verschiedenen „nationalen" Bünden sind genaue Lehrpläne aufgestellt worden. Als Lehrer traten auf: Riehl, Kirmse, Siebert, Schneider, Kuhwaldt, Holm, Kleve. Im Pionierbataillon ist der Oberfähnrich Seiler für den R. W. B. R. tätig, und im Reichswehrregiment 12 der Leutnant Leist von der 11. Kompanie. Außerdem stehen eine Reihe Privatpersonen, die zum Teil der Deutschvölkischen Freiheitspartei angehören, mit dem „Reichswehr-Block Roßbach" in Verbindung. Von den „nationalen" Bünden, die ihre Leute durch diesen R. W. B. R. ausbilden ließen, seien der „Jungdeutsche Orden", der „Bismarck-Bund", der „Helmut-von-Rücke-Bund" und der „Roland-Bund" genant. Die Führer des R. W. B. R. in Magdeburg und für das ganze Gebiet waren die schon genannten Personen.

In einem Befehl vom 8. Juni teilte die Leitung mit, daß sie sich entschlossen habe, „angesichts des überhandnehmenden Spitzeltums eine sogenannte Feme zu bilden", deren Aufgabe es ist, „der Leitung verdächtig erscheinende Leute zu beobachten, Verräter und politisch mißliebige Leute zu beseitigen". Zu diesem Zwecke sollten bis zum 9. Juni Leute namhaft gemacht werden, die „durch Leute der R.-W. (Reichswehr?) Ausbildung und Unterricht" erhalten sollen. In den Statuten des R. W. B. R. heißt es, daß er den Zweck habe, „Vaterländische Verbände zu unterstützen und den völkischen Geist im Heere zu pflegen". Nach § 2 können „Reichswehrangehörige, die auf dem Boden dieser Satzungen stehen", Mitglieder werden. Als „Chef des R. W. B. R." wird im § 3 Oberleutnant Roßbach bezeichnet. Die Garnisonsgruppen und die Gruppen innerhalb der Reichswehrformationen erhielten besondre Erkennungszeichen. Führer der Kraftfahrkompanie, die die Ehre hat, auch das Haupt des R. W. B. R., den Kraftfahrer Riehl, zu den Ihren zu zählen, ist Hauptmann Naumann.

Wir wollen uns zunächst jedes Urteils über die Vorgesetzten der Verschwörer, den Hauptmann Naumann usw., enthalten. Das Reichswehrministerium aber wird diesmal die Sache nicht mit einem faulen und nichtssagenden Dementi erledigen können.

•

Aus dem Organisationsstatut

Der Vorwärts veröffentlicht das Organisationsstatut dieses „Reichswehrblocks Roßbach". Es heißt darin:

Mitglieder können Reichswehrangehörige werden, die auf dem Boden dieser Satzungen stehen.

Die Mitgliedschaft erlischt: a) durch den Tod; b) durch freiwilligen Austritt, der durch schriftliche Erklärung beim zuständigen Gruppenführer erfolgen muß; c) durch Ausschluß solcher Mitglieder, die den Zielen des RWBR. durch Wort und Tat entgegenarbeiten oder den Anordnungen der Obersten Leitung, des Garnisongruppenführers oder des Gruppenführers, soweit solche durch die Satzungen begründet sind, nicht Folge leisten. Gegen sie ist Beschwerde oder Berufung bei der Obersten Leitung schriftlich zulässig. Der Antrag auf Ausschluß ist bei der Obersten Leitung durch die betreffenden Gruppenführer einzureichen.

Organe des RWBR. sind: a) die Oberste Leitung, Abt. I; b) die Garnisongruppenführer; c) die Gruppenführer.

Die Oberste Leitung setzt sich zusammen aus: a) dem R.-W.-B.-R.-Leiter (Abt. Ia); b) dessen Vertreter (Abt. Ib); c) dem Vertrauensmann der Abt. Ia; d) dem Kurier.

Die Oberste Leitung ist gleichzeitig Garnisongruppenführer von Magdeburg.

•

Die Reichswehrangehörigen, die dem RWBR. angehören, unterstehen ihrem Gruppenführer, sie sind also innerhalb ihrer Formationen bzw. Kompanie zu einer Gruppe zusammengeschlossen.

Um Entdeckungen zu erschweren und zur Erleichterung der Geschäftsführung im Falle von Personenausfall oder -wechsel in den leitenden Stellungen sind die im § 4 benannten Organe durch die beigesetzten Unterschriftszeichen für die Eingeweihten gekennzeichnet. **Aber auch die Garnisongruppen und die Gruppen innerhalb der Reichswehrformationen erhielten Erkennungszeichen.**

•

Wehrkommando Dresden

Der Kraftfahrer Riehl, Sohn eines Landgerichtsrats, ist mehrfach wegen Teilnahme an politischen Versammlungen bestraft worden. Er sollte deshalb auch entlassen werden. Auf ein von ihm an das Wehrkreiskommando in Dresden gerichtetes Gesuch soll er vom Führer der 4. Division, Generalleutnant v. Müller, ein Schreiben erhalten haben, worin es hieß, die politische Tätigkeit Riehls sei kein Grund zur Entlassung, **es sei die Pflicht eines jeden Soldaten, sich kampfbereit zu halten.**

Sollte diese Behauptung, die auf Riehls Mitteilungen an seine Vertrauten selbst zurückgeht, zutreffen, dann brauchte man sich allerdings nicht zu wundern, wenn Hauptmann Naumann, Kompanieführer, blind war und sehr freigebig dem Riehl Urlaub erteilte.

Wäre uns die Zuverlässigkeit unsers Magdeburger Berichterstatters nicht bekannt und wären nicht seine Angaben durch Dokumente belegt, so müßte man das Ganze für einen wüsten Spuk halten. Man hat leider schon manches erlebt, was man für unmöglich halten sollte — aber daß ein Mann, der wegen schwerster Verbrechen gegen den Staat verhaftet ist, aus dem Untersuchungsgefängnis heraus Putschpläne schmieden kann, daß Angehörige der Reichswehr diese Pläne unterstützen und den Untersuchungsgefangenen als ihren Führer anerkennen können, das übersteigt alle Grenzen der Phantasie.

Wo so viel Schatten ist, wird man gerechterweise auch die einzige lichte Seite dieser Affäre nicht übersehen dürfen. Die Anwesenheit von Sozialdemokraten in der preußischen Regierung und das Vorhandensein einiger Sozialdemokraten auch in der provinzialen Staatsverwaltung hat die Aufdeckung dieser Verschwörung ermöglicht und die Mittel bereitgestellt, um sie unschädlich zu machen. Schwer erschüttert jedoch ist das Vertrauen zur Reichsregierung, da es möglich war, daß sich in der Reichswehr solche abenteuerliche Zustände entwickeln konnten.

Ihre Besprechung im Reichstag ist unerläßlich geworden. Von der Reichsregierung und von der Mehrheit des Reichstages ist zu erwarten, daß ihnen nun endlich die Augen geöffnet sein werden und daß sie nun erkennen, wohin der Weg führen muß, wenn man die Zügel weiter am Boden schleifen läßt.

Verschärfter Belagerungszustand

Neue Todesopfer

Elberfeld, 12. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Repressalien der französischen Besatzung dauern in Dortmund an und sollen so lange fortgesetzt werden, bis die Täter den Franzosen ausgeliefert sind. Außer den bereits erschossenen sechs Deutschen ist am Montagabend ein Angehöriger der ausgewiesenen Dortmunder Schutzpolizei ein Opfer der französischen Kugeln geworden. Dieser Beamte weilte bei seinen Angehörigen. Das wurde der Besatzung von seiner Frau mitgeteilt. Ferner besetzten die Truppen die Reichsbank, beschlagnahmten eine Milliarde Mark und verhafteten zwei Reichsbankdirektoren. Auch im übrigen Industriegebiet macht sich eine Verschärfung der Besatzungsmaßnahmen bemerkbar. In Herne, Recklinghausen und Wanne ist der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden. Als Gründe werden Vorkommnisse angegeben, die kaum der Rede wert sind. So muß z. B. die Bevölkerung in Lünen schwere Drangsalierungen über sich ergehen lassen, weil junge, unerfahrene Burschen Verkäuferinnen französischer Zeitungen angepöbelt haben. In Recklinghausen, wo bekanntlich ein französischer Offizier erschossen wurde, kommt es jeweils zu großen Schießereien, sobald die französische Besatzung nachts ein Lebewesen sichtet, das sich aus Versehen oder Unkenntnis an die befohlene Verkehrssperre nicht gehalten hat. Diesem Treiben sind bisher eine ganze Reihe Personen zum Opfer gefallen.

Münster, 12. Juni. (Eigener Drahtbericht.) **In Recklinghausen ist der heutige Tag ruhig verlaufen. Am Vormittag fand unter großem Pomp die Leichenfeierlichkeit für die erschossenen französischen Soldaten statt. Passanten, die vor dem vorüberziehenden Leichenzug nicht den Hut vom Kopfe nahmen, wurden schwer mißhandelt. In Dortmund ist in der vergangenen Nacht außer dem ehemaligen Schutzpolizeibeamten ein Herr Dr. Gülke von den Franzosen erschossen worden. Unter den Opfern der Nacht zum 11. Juni befindet sich ebenfalls ein Arzt, der sich auf dem Wege in ein Lazarett befand.**

In Essen ist, wie erst jetzt bekanntgeworden ist, der Bergmann Wannagat von französischen Offizieren, die in einer Wirtschaft saßen und anscheinend aus Angst infolge Skandalierens eines Betrunkenen ohne weiteres von der Schußwaffe Gebrauch machten, erschossen worden. Außerdem wurde ein Arbeiter leicht und ein andrer schwer verletzt. In Oberhausen sind in der vergangenen Nacht von bisher nicht ermittelten Tätern mehrere Sprengungen vorgenommen worden. Näheres ist noch nicht bekannt.

Die Sehnsucht nach alten Rezepten

Die gestrige Landtagssitzung brachte, wie zu erwarten war, eine eingehende Aussprache über die letzten Vorgänge in Sachsen. Es ist zu verstehen, daß die Leute von rechts den Anlaß benutzten, um gegen die Regierung und die sozialistischen Parteien Sturm zu laufen. Der Regierung wurde der Vorwurf gemacht, daß sie die Machtmittel des Staates, die Polizei, nicht rechtzeitig und schneidig genug eingesetzt hat. Dadurch würde die Autorität des Staates untergraben. Besonders sind den bürgerlichen Herren die proletarischen Hundertschaften ein Dorn im Auge. So verlangte der Redner der Deutschen Volkspartei, Herr Dr. Kaiser, daß sämtliche Selbstschutzorganisationen sofort aufgelöst und ihre Neubildung verhindert werde; eine Forderung, die bekanntlich die Vertreter der bürgerlichen Parteien erst aufstellen, seitdem die Arbeiterschaft Selbstschutzorganisationen gebildet hat, während sie sich früher nicht regten, als Selbstschutzorganisationen nur von rechtsradikaler Seite geschaffen wurden. Die Herren von den bürgerlichen Parteien wünschen, daß die Regierung nach dem Rezept von ehedem verfährt, wo man sofort den Säbel hauen und die Flinte schießen ließ, wenn irgendwo die „Untertanen" sich unbotmäßig zeigten.

Die Herrschaften erhielten vom Genossen Liebmann die ihnen gebührende Antwort. Es ist sehr leicht, nach der Polizei zu schreien, wenn es Unruhen gibt. Aber Genosse Liebmann wies darauf hin, daß die Politik der bürgerlichen Parteien ein gut Teil Schuld an den Unruhen trägt. Gewiß ist richtig, daß sich an diesen Unruhen stets allerhand Gesindel beteiligt, das die Gelegenheit benutzen will, um sein Bedürfnis zum Radaumachen und Plündern zu befriedigen. Aber der Boden, aus dem die Unruhen erwachsen, wird doch durch die verzweifelte Lage geschaffen, in der sich heute große Massen unsers Volkes befinden, und diese elenden Zustände haben wir zum guten Teil der volksfeindlichen Politik der bürgerlichen Parteien zu verdanken, die die Erbitterung der Massen auch dadurch schüren halfen, daß sie die skandalöse Steuerdrückebergerei der Besitzenden immer wieder begünstigten. Mit Recht führte Liebmann aus, daß die Polizei nicht dazu da sei, einfach Hungernde mit dem Knüppel niederzuschlagen. Auch eine sozialistische Regierung kann sich Gesetzesverletzungen unter keinen Umständen gefallen lassen und sie muß, wenn Unruhen ausbrechen, für baldige Wiederherstellung der Ordnung sorgen. Aber es kommt dabei nicht darauf an, daß sie mit der früher üblichen Schneidigkeit verfährt, sondern sie muß die mildesten Mittel anwenden, die einen Erfolg versprechen. Auch die alten Regierungen haben oft mit der polizeilichen Schneidigkeit sehr unangenehme Erfahrungen gemacht. Wenn dann, wie das in der Vorkriegszeit wiederholt geschah, vor Gericht festgestellt wurde, daß polizeiliche Uebergriffe in großem Maße vorgekommen sind, so stärkt das nicht die Autorität der Regierungen.

Eben deswegen, weil es die sozialistische Regierung Sachsens als ihre Aufgabe betrachten muß, ausgebrochener Unruhen mit möglichst milden Mitteln Herr zu werden, ist das Eingreifen der proletarischen Hundertschaften wertvoll. Durch das Eingreifen der Hundertschaften werden in keiner Weise die Gesetze verletzt. Es ist selbstverständlich jedermann berechtigt, der Polizei Hilfe zu leisten und die Polizei kann jeden, der sich dazu bereiterklärt, zur Hilfe heranziehen. Nur darauf kommt es an, ob die Hundertschaften wirklich nützliche Dienste leisten können, und die Erfahrungen, die man mit den Hundertschaften in Dresden gemacht hat, sind durchaus günstig. Noch allzu viele sind in dem freilich verkehrten Glauben befangen, daß die Polizei selbst in dem sozialistischen Sachsen eine Vertreterin der besitzenden Klassen sei, und sie sind deswegen geneigt, der Polizei Widerstand entgegenzusetzen, während sie eher bereit sind, den Weisungen und Ermahnungen ihrer eigenen Klassengenossen zu folgen. Wo es aber mit Hilfe von proletarischen Hundertschaften der Regierung gelingt, der Unruhen Herr zu werden, so wird damit ihre Autorität nicht etwa untergraben, sondern gestärkt, denn was kann besser zeigen, wie fest eine Regierung begründet ist, als wenn ihr freiwillig die Hilfe ihrer Angehörigen zur Aufrechterhaltung der Ordnung zuteil wird.

Die Erfolge, die sich auf diesem Wege erzielen lassen, werden um so größer sein, je einiger die proletarischen Parteien sind. Deshalb ist es besonders zu begrüßen, daß hier in Dresden auch die Ordner der Kommunistischen Partei mit geholfen haben, die Ordnung wiederherzustellen. Wem die Uneinigkeit der sozialistischen Parteien dient, haben gestern wieder die Verhandlungen im Landtage gezeigt, wo man von bürgerlicher Seite die Differenzen zwischen der K. P. D. und der V. S. P. D. in Leipzig benutzte, um die beiden Parteien gegeneinander auszuspielen. Trotz allen Meinungsverschiedenheiten müssen wir uns immer bewußt sein, daß es ein gewaltiger Gewinn für die Arbeiterbewegung ist, wenn es gelingt, die Genossen von der K. P. D. zur gemeinsamen Arbeit heranzuziehen. Leider verüben heute die Kommunistische Partei und ihre Presse noch vieles, was diese Zusammenarbeit erschwert. Immer wieder stellen die Kommunisten Forderungen auf, von denen sie wissen, daß sie unerfüllbar sind, und sie ziehen die Grenzlinie zwischen sich und dem Gesindel, das an unruhigen Tagen auf den Straßen sein Wesen treibt, oft nicht scharf genug. Ungerechtfertigt ist es auch, wenn sie, wie in Leipzig, gegen die Polizei und ihre Leitung darauf losbetzen, sobald einmal die Polizei gezwungen ist, sich energisch zur Wehr zu setzen. Diejenigen Kommunisten, die am Ordnungsdienst beteiligt waren, werden dabei die Erfahrung gemacht haben, daß die Polizei wahrhaftig keinen leichten Stand hat. Unsre Polizeibeamten sind nicht dazu

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230613/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG